



Hauptausschuss

71. Sitzung (öffentlich)

1. Oktober 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Gegen das vereinbarte und beabsichtigte Vorgehen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Der Ausschuss wünscht nicht, über die Mittelfristige Finanzplanung zu diskutieren.

Einzelplan 01 - Landtag

6

	Einzelplan 02 - Ministerpräsident	8
	Vorlagen 14/2800 (Erläuterungsband) und 14/2824 (Einführungsbericht)	
	Einzelplan 15 - (nur) Landeszentrale für politische Bildung	12
	Vorlage 14/2853 (Einführungsbericht)	
2	Aktuelle Viertelstunde	15
	hier:	
	„ Bespitzelungsaffäre “ (beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 23. September 2009) (s. Anlage 1)	
	<u>In Verbindung mit:</u>	
	„ Einbindung der Staatskanzlei in eine Bespitzelungsaffäre im Rahmen des CDU-Wahlkampfes? “ (beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 23. September 2009)	
3	Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ und des Landesmediengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LMG NRW - 13. Rundfunk-änderungsgesetz)	33
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9393 APr 14/936 und 14/941 - Aussprache zu den Anhörungen vom 3. September 2009 -	
	Landesmediengesetz	33
	WDR-Gesetz	38
	Zum weiteren Verfahren	38
	WDR-Gesetz	39

Der Vorsitzende wird den Tagesordnungspunkt in der Sitzung am 29. Oktober wieder aufrufen.

- 4 Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Art. 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe** **45**

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/9544

- Verfahrenseinstieg -

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, dem mitberatenden Rechtsausschuss in seiner Sitzung am 28. Oktober 2009 Gelegenheit zur Abgabe eines Votums zu geben und im Hauptausschuss abschließend am 29. Oktober 2009 zu beraten.

- 5 Entwurf einer Gemeinsamen Vereinbarung über die Koordinierungsstelle Magdeburg 2010 - 2016** **46**

Unterrichtung
des Landtags durch die Landesregierung
über den beabsichtigten Abschluss eines Staatsvertrages/eines Verwaltungsabkommens
gemäß Ziffer II.1 der Parlamentsinformationsvereinbarung
Vorlage 14/2819

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

- 6 Kinder in Medienproduktionen besser schützen** **47**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9425

- Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration -

Vorsitzender Werner Jostmeier stellt fest, der Hauptausschuss werde sich nachrichtlich an der Sachverständigenanhörung beteiligen.

- 7 „Ungereimtheiten aufklären: Aufgaben und Amtsverständnis des Regierungssprechers“ (s. Anlage) 49**

- 8 Erweiterung des Internetadressenraums um regionale Top-Level-Domains 53**

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/9414

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Antrag in die Tagesordnung für die Sitzung am 28. Oktober aufzunehmen.

- 9 Verschiedenes 54**

- a) Workshop zur Daseinsvorsorge 54**

- b) Beschlüsse des 2. Jugendlandtags 2009 54**

Vorsitzender Werner Jostmeier will den Beschluss des 2. Jugendlandtags zu dem Thema „Gewaltprävention“ in die Tagesordnung aufnehmen.

- c) „Eltern LAN“ 54**

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, im Obleutegespräch zu klären, ob der Ausschuss die Betreiber anhören oder sich schriftlich informieren wolle, erhebt sich kein Widerspruch.

- d) Gesprächsangebot des Chefs der Staatskanzlei 54**

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Der Ausschuss wünscht nicht, über die Mittelfristige Finanzplanung zu diskutieren.

Vorsitzender Werner Jostmeier ruft in Erinnerung, dass die Haushaltsberatungen im Detail im Hauptausschuss am 29. Oktober ihre Fortsetzung finden sollen. Gleichwohl rufe er zu Verständnisfragen und Fragen genereller Art zu den jeweiligen Einzelplänen auf.

Einzelplan 01 - Landtag

Vorsitzender Werner Jostmeier verweist auf die den Ausschussmitgliedern zugegangenen schriftlichen Erläuterungen zum Einzelplan 01.

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin**, führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Entwurf für den Landtagshaushalt 2010 vor, der gegenüber dem Jahr 2009 vor allem hinsichtlich des Anstiegs des Gesamtvolumens deutliche Veränderungen enthält. Details dazu finden Sie im Erläuterungsband, der Ihnen in den letzten Tagen zugegangen ist. In meinem Einführungsbericht möchte ich mich daher auf die wesentlichen strukturellen Aussagen beschränken.

Allgemeines

Der Entwurf des Einzelplans 01 sieht ein Gesamtvolumen von rd. 105,4 Millionen € vor. Das bedeutet eine Erhöhung um etwa 9,4 Millionen € gegenüber dem Jahr 2009. Diese Erhöhung basiert im Wesentlichen auf den Kosten für den Legislaturperiodenwechsel sowie für den Landtagsanbau.

Ich möchte die wesentlichen Punkte der Veränderungen bzw. Ansatzserhöhungen darstellen:

Abgeordnetenbezüge

- Die Abgeordnetenbezüge werden zum 01.01.2010 um 2,28 % angehoben. Das macht 0,8 Millionen €.
- Ferner werden in der 15. Wahlperiode alle Abgeordneten vom Versorgungswerk erfasst. Hierfür sind bei einer Kalkulation von 190 Abgeordneten 1 Million € zusätzlich erforderlich.

- Es wird eine Überschneidung der Bezüge im Mai/Juni für ausscheidende und neue Abgeordnete geben. Das heißt: Alle ausscheidenden Abgeordneten erhalten die vollständigen Bezüge noch bis Ende Juni und die neuen Abgeordneten bereits mit Annahme des Mandats. Dieser "Überschneidungsposten" macht 0,8 Millionen € aus.
- Ein größerer Posten beim Wahlperiodenwechsel sind die Übergangsgelder und Aufstockungsbeträge. Hierfür sind alleine 2,5 Millionen € veranschlagt. Das ist ein einmaliger Effekt.

Abgeordnetenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen

Der Ansatz für die Gehälter der Abgeordnetenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen wird entsprechend dem Tarifabschluss um 1,2 % angehoben. Außerdem gibt es auch hier Überschneidungen zum Wahlperiodenwechsel, sprich: Ausscheidende Abgeordnetenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen erhalten die Bezüge noch bis Ende Juni und die neuen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Annahme des Mandates durch ihre/n Abgeordnete/n.

Fraktionszuwendungen

Bei den Fraktionszuwendungen ist - in Anpassung an den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst - ein Plus von 1,5 % eingerechnet.

Personalhaushalt der Landtagsverwaltung

Die Stellenzahl der Landtagsverwaltung wird auch im Haushaltsjahr 2010 kleiner werden. Es gibt drei Veränderungsaspekte zu beachten:

1. Da ist zunächst

- eine Stellenkürzung von wiederum 5 kw-Stellen durch die 1,5prozentige Einsparvorgabe des Jahres 2006
- 1 weitere kw-Stelle durch die Arbeitszeitverlängerung im Tarifbereich und
- 1 sonstige kw-Stelle .

Es entfallen also insgesamt 7 Stellen.

2. Hinzu kommt eine Kürzung des Personalausgabenbudgets für die Landtagsverwaltung um 0,5 % wie in allen Ministerien auch. Auf den Einzelplan 01 entfällt hiervon ein Anteil von 74.800 €, was faktisch zu einer Kürzung um 2 Stellen führt.

Die vorhin genannten 7 Stellen plus der 2 Stellen macht 9.

3. Und es kommt zu einer Ausweisung von weiteren kw-Vermerken durch den Beschluss des Kabinetts zur Personalkostenbegrenzung. In den Jahren 2010 bis 2015 sollen in allen Verwaltungsbereichen erneut jährlich 1,5 % der Stellen eingespart werden. Ursprünglich hatte das Finanzministerium für die Landtagsverwaltung für den Zeitraum 2010 bis 2015 24 kw-Vermerke vorgesehen. Letztendlich wurde nach Verhandlungen der Landtagspräsidentin mit dem Finanz-

minister ein Kompromiss für die Landtagsverwaltung gefunden, der bei der Hälfte liegt, also bei 12 kw-Vermerken.

Insgesamt liegt der Stellenplan nach Abzug dieser $7 + 2 + 2 = 11$ Stellen für 2010 bei 279 Stellen.

In den folgenden 5 Jahren entfallen nach den verschiedenen Einsparvorgaben weitere 13 Stellen, sodass 2015 die Marke von 266 Stellen erreicht wird, wenn in der Zwischenzeit nicht noch neue Einsparbeschlüsse getroffen bzw. revidiert werden sollten.

Zur Erläuterung der Zahl von 266 Stellen muss ich der Vollständigkeit halber noch darauf hinweisen, dass darin auch die Zahl von 6 Stellen für Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüsse eingerechnet sind, die nicht zum eigentlichen Stellenbestand zählen. Damit liegt der Kernbestand der Stellen 2015 bei 260.

Die Landtagsverwaltung wird dann - wie Sie dem Erläuterungsband auf Seite 30 entnehmen können - einen Abbau von einmal insgesamt 335 Stellen auf 260 Stellen zu verzeichnen haben.

Landtagsneubau

Für den Landtagsneubau ist im Haushalt 2010 die 2. Rate in Höhe von 6,9 Millionen € veranschlagt.

2009 werden wir 4,6 Millionen € verbauen.

Prognose für die Haushalte der nächsten Jahre

Unser Haushaltsvolumen wird ab 2011 deutlich sinken und danach voraussichtlich wieder das Niveau von 2008 erreichen, da der Anstieg durch einmalige Effekte, durch den Wahlperiodenwechsel und im Wesentlichen durch den Landtagsanbau, bedingt ist. Zusammengefasst: Wir haben Erhöhungen als Einmaleffekt und als Dauereffekt ein Einpendeln auf rund 260 Stellen.

Soweit, meine Damen und Herren, die Einführung zum Einzelplan 01. Wir beantworten jetzt gerne Ihre Fragen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Vorlagen 14/2800 (Erläuterungsband) und 14/2824 (Einführungsbericht)

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, führt ergänzend einleitend aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mir ist es wichtig, Ihnen über die Ihnen schon vorliegenden Materialien hinaus einführend noch darzulegen, wie sich der Einzelplan zum Ende der 14. Legislaturperiode in seinen Ansätzen und wesentlichen Eckpunkten entwickelt hat.

Ich möchte dazu einige ausgewählte Ausgabepositionen des Haushaltsplans gegenüberstellen, und zwar die des 1. Nachtragshaushalts 2005, des letzten Etats

der vorherigen Legislaturperiode, und die korrespondierenden des Ihnen nunmehr für 2010 vorliegenden Entwurfs:

So sind die Ansätze der beiden Kernkapitel des Einzelplans - 02 010, Ministerpräsident, und 02 020, Allgemeine Bewilligungen - im Laufe der fünf Jahre um 3,8 Millionen € von 51 auf 47,2 Millionen € gesunken. Und in diesen 47,2 Millionen € sind sogar noch die hinzugekommenen Personalkosten der Kolleginnen und Kollegen aus dem Kulturbereich enthalten.

Es wurden aber auch einige Haushaltsansätze erhöht: Wir haben die Ansätze für das Kirchenkapitel - 02 050 - um 1,4 Millionen € und die beiden Kapitel der Landesvertretungen in Berlin und Brüssel um 1,8 bzw. 1,9 Millionen € verstärkt.

Meines Erachtens lässt der Vergleich dieser Zahlen zwei grundsätzliche Schlüsse zu:

Zum einen: Der Ministerpräsident setzt gerade auch in seinem operativen Haushalt die notwendigen Einsparmaßnahmen selbst konsequent mit um.

Zum anderen: Politische Gestaltung - auch durch angemessene Finanzausstattung - findet da, wo sie die Regierung für zwingend erachtet, trotz angespannter Finanzlage statt.

Dies zeigen wie schon erwähnt die Ansatzentwicklungen für die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel, aber z. B. auch im Kapitel für Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Bei Letzteren wurden insbesondere die Zuschüsse zugunsten der Kultusgemeinden unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger um über 50 % erhöht.

Und noch zwei weitere Vergleichszahlen sind interessant, nämlich die Entwicklung des Gesamtvolumens des Einzelplans 02 von 2005 bis 2010 - natürlich ohne die Kulturfördermittel und ohne den Etat des Landesarchivs, die 2005 noch nicht zum Geschäftsbereich gehörten -:

Selbst unter Einbeziehung des aus dem Geschäftsbereich des Einzelplans 14 umgesetzten Personals der Kulturabteilung verringert sich im Entwurf 2010 das vergleichbare Haushaltsvolumen gegenüber 2005 um 4 Millionen €.

Zugleich bildet der Haushaltsentwurf 2010 des Einzelplans 02 aber auch konsequent den Anspruch des Ministerpräsidenten ab, der Kulturpolitik unseres Landes ein angemessenes finanzielles Volumen und damit die notwendige Substanz zu geben.

Dies geschieht insbesondere durch die Realisierung der letzten Stufe zur Verdoppelung der Kulturfördermittel. Mit dieser letzten Stufe wird dann, sofern dieses Hohe Haus dem Vorschlag folgt, die Zusage der Landesregierung eingelöst und die Verdoppelung der Kulturfördermittel in dieser Legislaturperiode realisiert.

Lassen Sie mich noch einige generelle Anmerkungen machen:

Gerade auch vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise und daraus folgend der aktuell und in den nächsten Jahren wegbrechenden Steuereinnahmen besteht ressortübergreifend Konsolidierungsbedarf fort.

Die zwangsläufigen Einsparungen im Landeshaushalt müssen insgesamt nachhaltig sein. Sie können daher auch vor einem weiteren Stellenabbau in der allgemeinen Verwaltung nicht haltmachen.

Der Ministerpräsident legt Wert darauf, dass auch „sein“ Einzelplan dieser Auflage nachkommt. Zur Umsetzung finden Sie daher im Kapitel 02 020 vor den Personalausgaben einen entsprechenden Haushaltsvermerk, der dem Einzelplan 02 bis zum Jahre 2015 die Einsparung weiterer 48 Planstellen und Stellen auferlegt.

Ungeachtet dieser zukünftigen Stelleneinsparungen ist festzuhalten, dass der Einzelplan 02 von Beginn der Legislaturperiode bis Ende 2009 per Saldo bereits 53 Planstellen und Stellen abgebaut haben wird.

Dazu kommen dann noch die gemäß dem oben erwähnten Haushaltsvermerk in 2010 zusätzlich zu erwirtschaftenden 8 Planstellen und Stellen, sodass sich insgesamt eine Reduktion von fast 10 % ergibt.

Es bleibt gleichwohl - ich sagte es schon - Raum für politische Schwerpunktsetzungen:

Hingewiesen hatte ich auf die Verdoppelung des Kulturförderhaushalts, die mit diesem Haushaltsentwurf und Ihrer Zustimmung im Jahre 2010 dann erreicht werden könnte. Der in 2005 relevante Basisbetrag von 70,6 Millionen € ist in Stufen um 12,7 Millionen €, 14,3 Millionen €, 15,3 Millionen €, 15,1 Millionen € und in diesem Entwurf um weitere und abschließende 13,2 Millionen € aufgestockt.

Allein dieser Kulturaufwuchs - das bitte ich zu beachten - erklärt auch den mit 3,9 Millionen € moderaten nominalen Anstieg des Gesamtetats des Epl. 02 von 302,9 auf 306,8 Millionen €.

Für den Bereich „Medien und Telekommunikation“ finden sich die Schwerpunktsetzungen im Wesentlichen auf zwei Feldern wieder:

- Haushaltsmittel für die Cluster IuK (Informations- und Kommunikationstechnologie) und Medien + 500.000 €
- Geschäftsbesorgung und Zuschüsse Filmstiftung und Filmschule +1.000.000 €, finanziert vor allem durch Ausgabenverlagerungen innerhalb des Kapitels; die Erhöhung trägt also nicht zur Haushaltsausweitung bei.

Im Aufgabenbereich „Europa- und Internationale Angelegenheiten“ sollen die Kontakte zu und die Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern intensiviert werden. Dazu dienen nachfolgende Änderungen im Entwurf 2010 gegenüber 2009:

- einige neue europapolitische Schwerpunkte + 250.000 €; das betrifft in erster Linie zusätzliche Europaschulen, die Kulturhauptstadtaktivitäten im europäischen Kontext und den Ausbau des deutsch-französischen Dialogs

- Vorbereitung des Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahres, welches im Wesentlichen 2011 stattfinden wird + 50.000 €
- Ausstattung der Repräsentanzen Nordrhein-Westfalens in Berlin und Brüssel mit der notwendigen Infrastruktur für eine angemessene Außendarstellung des Landes

Verstetigung der Ansätze mit geringfügigem Aufwuchs von + 11.000 € im Veranstaltungsbereich bei der Landesvertretung Berlin; im Jahre 2009 sind bereits Verstärkungen erfolgt.

Bei der Landesvertretung Brüssel schlagen wir eine stärkere Erhöhung vor, und zwar auch im Sinne des hier diskutierten und mit der Standortveränderung verbundenen Begehrens, einen gewissen Ausgleich für Brüssel, das bisher deutlich kleiner ausgelegt war, herzustellen. Hier sollen zusätzliche Mittel für Veranstaltungen von in Summe rd. 170.000 € bereitgestellt werden; so jedenfalls unser Entwurf, unsere Bitte an Sie. Damit könnten Sie die Möglichkeiten der Landesvertretung erweitern, insbesondere im Hinblick auf den - das ist ein schöner Befund - stark gestiegenen Besucherzustrom am neuen Standort.

Wolfram Kuschke (SPD) kündigt die Bitte um weitere Informationen an, die aber in der nächsten Sitzung abgearbeitet werden könnten.

Markus Töns (SPD) ist ebenfalls mit einer Antwort auf seine noch folgende Frage in der nächsten Sitzung einverstanden.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erklärt ihr Einverständnis mit einer ausführlicheren Diskussion erst in der nächsten Sitzung.

Zum Personalhaushalt des Einzelplans 02

Ilka von Boeselager (CDU) lobt die Verwirklichung der angekündigten kontinuierlichen, aber - darauf ruhe ein besonderes Augenmerk - verträglichen Senkung des Personalbestandes.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) fordert eine die letzten Jahre umfassende Übersicht an über die Entwicklung der Personalkosten und des Stellenplans in der Staatskanzlei sowie über die Zuwächse aufgrund von Tarifabschlüssen.

Zu Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten

Ilka von Boeselager (CDU) hebt besonders die Gelegenheit hervor, wieder einen Schwerpunkt im Dialog mit den ausländischen Nachbarn zu setzen, und zwar in 2010 im Austausch mit Polen - **Titelgruppe 60, Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr** - unter Einschluss sehr vieler Schulen und damit junger Menschen wie in 2008/2009

im Rahmen des Frankreich-Nordrhein-Westfalen-Jahres, wodurch sich eine breite Außenwirkung habe erzielen lassen.

Als sehr positiv erwähnt die Rednerin den neuen Ansatz von 100.000 € in **Titel 534 52 für Maßnahmen zur Vernetzung von Europaschulen und Stärkung ihres Europaprofils.**

Zu Kapitel 02 062 - Kulturförderung

Sehr befürwortend begleitet wird von der **CDU-Fraktion** nach den Worten von **Ilka von Boeselager** die trotz der schwierigen Haushaltssituation vorgenommene Steigerung der Ansätze bei der Kulturförderung, womit es der Landesregierung gelungen sei, diesen Etat wie versprochen zu verdoppeln und dadurch viele Anstöße in der Kulturlandschaft auszulösen sowie dringenden Bedarf zu befriedigen.

Zu Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Wolfram Kuschke (SPD) interessiert angesichts der Ausweisung einer so konkreten Steigerungssumme in **Titel 541 00 - Aufwendungen für Veranstaltungen, Kontaktpflege und Besucherbetreuung** -, um welche Besuchergruppen es sich handle, die man in der Vergangenheit empfangen habe und auch in der Zukunft erwarte.

Ilka von Boeselager (CDU) betont noch einmal, wie viel Wert ihre Fraktion auf die nunmehr erfolgreich abgeschlossene Neuaufstellung der Landesvertretung in Brüssel gelegt habe, und nimmt erfreut die Möglichkeit zur Kenntnis, aufgrund des gestiegenen Haushaltsansatzes auch etwas für die Außenwirkung Nordrhein-Westfalens in Brüssel tun zu können.

Zu dem Stichwort Petersberger Convention

Markus Töns (SPD) erkundigt sich, in welchen Kapiteln und Titeln und in welcher Höhe genau die Veranschlagung dieser wohl wiederkehrenden Veranstaltung erfolge.

Einzelplan 15 - (nur) Landeszentrale für politische Bildung

Vorlage 14/2853 (Einführungsbericht)

Die **Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, LMR Maria Springenberg-Eich**, führt ergänzend zu Vorlage 14/2853 aus, mit den erhöhten Mitteln wolle die Landeszentrale im Rahmen der damit zu finanzierenden Projekte „im Kontext von Demokratieforschung, Didaktik der politischen Bildung und außerschulisch politischer Bildungsarbeit“ Untersuchungen durchführen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen

hinsichtlich des Konnex zwischen Wahlbeteiligung und politischer Partizipation auf der einen und prekären Lebensverhältnissen in sozialen Brennpunkten auf der anderen Seite. Dies halte sie vor dem Hintergrund sinkender Wahlbeteiligung für von herausragender Bedeutung und für ganz dringend.

Angesichts des Umfangs und der Geschwindigkeit der technischen Entwicklung des Internets wolle die Landeszentrale darüber hinaus eine Art Demokratiefolgenabschätzung anstoßen. Zu erforschen gelte es, wie die technische Entwicklung des Netzes und die digitale Kommunikation die Demokratie und den öffentlichen Raum veränderten.

Mit der Wissenschaft zusammen beabsichtige man ferner, Ansätze zu erarbeiten, mit Jugend besser in Kommunikation treten zu können. So hätte sie gerne Antworten auf Fragen betreffend die Curricularentwicklung mit Bezug auf Demokratiekompetenzprojekte der Landeszentrale.

Insgesamt könne der Haushalt der Landeszentrale dazu beitragen, dass sie weiterhin wie bisher in vielfältiger Form in Kombination von Veranstaltungen, Publikationen, audiovisuellen Medien und Projekten wichtige Akzente in der politischen Bildung setze, und dies unter der großen Überschrift, Demokratiekompetenz und Medienkompetenz zu stärken.

Neun Schwerpunkte kennzeichneten die Arbeit der Landeszentrale:

- Demokratiekompetenz und Medienkompetenz,
- Rechts- und Linksextremismus, Rassismus und Populismus,
- Zuwanderung und Integration,
- Islam und Islamismus,
- Landeskunde,
- Erinnerungskultur und zeitgeschichtliches/politisches Lernen,
- Angebote für Besuchergruppen von Landtagsabgeordneten sowie Ministerinnen und Ministern,
- Vergabe des Gustav-Heinemann-Friedenspreises,
- Förderung der Weiterbildungseinrichtungen als wichtige Stütze im Land für die politische Bildung. Hinsichtlich der Förderung der Weiterbildungseinrichtungen existiere inzwischen ein Berichtswesen, welches die Wichtigkeit einer Weiterbildungslandschaft und deren Akzente dokumentiere.

Hinzu kämen für das Jahr 2010 zwei weitere Schwerpunkte, darunter die

- Begleitung der Landtagswahlen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, unter anderem durch eine Reihe von Veranstaltungen, einen Wahl-O-Maten für Nordrhein-Westfalen, ein digitales Projekt, eine in studiVZ, Twitter, YouTube, XING zu verbreitende Podcast-Reihe, durch Wahlweckrufe, durch die Animation von Politiklehrern, durch Auflegen von Büchern und Handreichungen.

Wolfram Kuschke (SPD) erwartet von der Leiterin der Landeszentrale in der nächsten Sitzung bzw. möglicherweise schon vorab detailliertes Material zu den zwei folgenden Komplexen:

In seiner Vorlage vom 28. September begründe Minister Laschet die Ansatzserhöhung um 200.000 € mit der Absicht, diese Mittel für „Projektförderungen im Kontext von Demokratieforschung, Didaktik der politischen Bildung und außerschulisch politischer Bildungsarbeit“ nutzen zu wollen.

In dem letzten Absatz der Vorlage spreche Minister Laschet von der Förderung der politischen Bildungsarbeit der Einrichtungen der politischen Bildung in der Trägerschaft der politischen Stiftungen und anderer freier Träger durch die Landeszentrale mit Projektmitteln. - Mit den Ausschlag für den Erfolg politischer Bildungsarbeit gebe sicherlich, inwieweit eine Trägerlandschaft existiere und fortbestehe. Es frage sich also, wie diese Trägerlandschaft aussehe, welche Veränderungen es dort gegeben habe und welche Konsequenzen daraus eventuell zu ziehen seien.

